

STIMMFREIGABE ZUR KRIEGSMATERIALINITIATIVE

Die Delegiertenversammlung der EVP Schweiz war in der Beurteilung der Initiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» exakt gespalten. Unbestritten war jedoch, dass das geltende Gesetz korrekt und konsequent anzuwenden ist.

NIKLAUS HARI

Am 29. November 2009 kommt die Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» zur Abstimmung, welche die Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial, besonderen militärischen Gütern und damit zusammenhängenden Immaterialgütern verbietet und die Vermittlung von und der Handel mit den genannten Gütern an Empfänger im Ausland. Ausgenommen sind Geräte zur humanitären Entminung sowie Sport- und Jagdwaffen. Auch Ausbildungseinsätze der Armee im Ausland sind weiterhin möglich.

Einzelne Regionen betroffen

Im Jahr 2008 führte die Schweiz Kriegsmaterial im Wert von 722 Millionen Franken aus, was einem Anteil von 0.35% am gesamtschweizerischen Warenexport entsprach. Verzicht auf diese Exportmöglichkeiten, bleiben die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen relativ moderat. Weil die Rüstungsindustrie aber geografisch konzentriert ist, soll der Bund während 10 Jahren jene Regionen und Beschäftigte unterstützen, die vom Exportverbot betroffen sind.

Die Befürworter der Initiative führen ins Feld, dass die Schweizer Waffenexporte auch an Staaten mit

erheblichem Konfliktpotential geraten würden. Durch die zehnjährige Unterstützungspflicht des Bundes sei eine Umstellung der Rüstungsbetriebe auf zivile Produkte und damit der Erhalt der Arbeitsplätze möglich. Die Schweiz setze ein Zeichen für eine friedlichere Welt und ihr humanitäres Engagement werde in seiner Glaubwürdigkeit gestärkt.

Dem halten die Gegner der Initiative entgegen, dass die Ausfuhr von Kriegsmaterial bereits heute im Kriegsmaterialgesetz und im Güterkontrollgesetz sehr streng geregelt sei. Der Schweizer Anteil am internationalen Rüstungsmarkt sei mit weniger als einem Prozent unbedeutend. Eine komplette Umstellung auf zivile Produkte sei nicht möglich und es drohe ein Verlust von rund 10 000 Arbeitsplätzen. Schliesslich werde mit dem Verlust der eigenen Rüstungsindustrie, die von inländi-

schen Aufträgen allein nicht überleben könne, die wehrtechnische Unabhängigkeit vom Ausland empfindlich geschwächt.

Donzé hakt mit Motion nach

Die Delegiertenversammlung der EVP Schweiz vom 22. August in Genf war in der Beurteilung der Initiative exakt gespalten: 32 Delegierte stimmten dafür, 32 dagegen. Es war deshalb naheliegend, dass die EVP mit 56 zu 4 Stimmen die Stimmfreigabe beschloss. Unbestritten war jedoch, dass das geltende Gesetz korrekt und konsequent anzuwenden ist: Nationalrat Walter Donzé (EVP, BE) nahm diesen Auftrag der DV entgegen und reichte in der Herbstsession eine entsprechende Motion ein.

vgl. Pro / Kontra von Heiner Studer und Walter Donzé auf Seite 5



32 Delegierte stimmten für die Initiative, 32 dagegen.

KOMMENTAR

Selbsternannte Zensoren

Was ist an den Anti-Minarett-Plakaten dran, dass die Behörden von Bern, Basel oder Lausanne sie der Bevölkerung vorenthalten wollen? Sie zeigen Minarette auf einer Schweizer Fahne: das ist nun mal die Thematik der Initiative. Die mit einer Burka verhüllte Frau symbolisiert, wovor sich die Initianten fürchten: der Islamisierung der Schweiz. Sicher sind die Plakate düster und die Raketenform der Minarette bewusst pauschalisiert, doch im Vergleich zum Messerstecherinsert ist das Sujet kreuzbrav. Sollte das den Muslimen zu viel sein, kann man sich zu Recht fragen, ob sie ihrerseits von unserer freien Gesellschaft profitieren und Minarette bauen dürfen.

Wenn die Behörden glauben, die Diskussion mit einem Plakatverbot im Vorhinein unterbinden zu müssen, betreiben sie jenes Appeasement, welches Henryk M. Broder an der Bettagkonferenz der EVP Schweiz so gegeisselt hat: die voraus-eilende Rücksichtnahme auf befürchtete Empfindlichkeiten anderer. Es ist das Wesen einer Demokratie, dass man umstrittene Themen debattiert. Die Meinungsäusserungsfreiheit geht vor. Die Plakate müssen hängen. Der Islam in der Schweiz muss diskutiert werden. Die Minarettinitiative wird am 29. November an der Urne beurteilt. Und nicht vorgängig vom Bundesrat oder von den selbsternannten Zensoren in Schweizer Städten.

Joel Blunier, Generalsekretär

Hoch entwickelte Gesprächskultur

Bei umstrittenen Geschäften laden wir gerne profilierte Mitglieder aus dem breiten Parteisppektrum als Rednerinnen und Redner ein. Sie seien bei uns freundlich aufgenommen worden, man hätte ihnen wirklich zugehört, auch wenn ihre Haltung nicht der EVP-Linie entsprach, ist die jeweilige Reaktion. Für diese Wahrnehmung bin ich dankbar.

Am 29. November 2009 stimmen wir u.a. über zwei Volksinitiativen ab, welche auch in unseren Reihen zu teilweise emotionalen Diskussionen führten. Es gibt immer wieder Themen, bei welchen wir als Christen zu unterschiedlichen Folgerungen gelangen. Bei der Minarettinitiative ergab sich an der Delegiertenversammlung eine deutliche Nein-Empfehlung, beim Kriegsmaterial-Exportverbot sprachen sich ebenso viele für ein Ja wie für ein Nein aus, was naheliegenderweise zur Stimmfreigabe führte. Ich freue mich sehr, dass wir in der EVP eine hoch entwickelte Gesprächskultur haben.

Stimmfreigabe bedeutet nicht, sich zu neutralisieren. Vielmehr sind beide parteiinternen Positionen klar zu formulieren und zu kommunizieren. Dies gibt den einzelnen Mitgliedern eine gute



Basis für die eigenverantwortliche Entscheidungsfindung. Aus diesem Grund sind Walter Donzé als Gegner und der Schreibende als Befürworter des Kriegsmaterial-Exportverbotes in verschiedenen Medien präsent. Auf diese Weise nehmen wir Bezug auf die 9 Werte fürs Leben, Werte für die Schweiz, welche wir als EVP anfangs 2007 herausgaben. Im vorliegenden Fall sind die Werte «Verantwortung», «Wertschätzung» und «Zielorientierung» angesprochen. Es ist spannend, von Zeit zu Zeit das eigene Handeln an unseren 9 formulierten Werten zu überprüfen.

Heiner Studer,
Präsident der EVP Schweiz

«Was ist denn wichtiger, das Werbegeschäft des Fernsehens oder Volksgesundheit, Alkoholprävention und Jugendschutz? Mensch oder Geld – das ist hier die Entscheidung.»

Nationalrat Ruedi Aeschbacher (EVP, ZH) zum leider erfolgreichen Vorschlag der Einigungskonferenz, das Werbeverbot für Bier und Wein an Fernsehen und Radio fallen zu lassen, damit die Schweiz am EU-Filmförderungsprogramm MEDIA mitmachen kann.

EINZAHLUNGSSCHEIN

Dürfen wir Sie bitten, mit dem beiliegenden Einzahlungsschein den Abonnementsbeitrag 2010 fürs «akzente» in der Höhe von CHF 15.00 einzuzahlen. Für die Mitglieder der EVP ist das «akzente» im Zentralbeitrag inbegriffen; dennoch steht es Ihnen selbstverständlich frei, das «akzente» auf diesem Weg mit einer Spende zu unterstützen!

PAROLEN DER EVP

beschlossen von den Delegiertenversammlungen der EVP Schweiz vom 20. Juni 2009 in Winterthur und vom 22. August in Genf für die Volksabstimmung vom 29. November 2009:

Spezialfinanzierung Luftverkehr	NEIN
Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten»	STIMMFREIGABE
Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten»	NEIN

INHALT

Spezialfinanzierung Luftverkehr: Keine Subventionen für die unökologische Fliegerei	4
Für und wider die Kriegsmaterialinitiative: Heiner Studer und Walter Donzé	5
*jev-Co-Präsidentin Sara Fritz: Jüngste EVP-Kantonsparlamentarierin aller Zeiten	6
Vorstösse der EVP in der Herbstsession: Wachsende Lohnschere in Verfassung begrenzen	7

REINES WUNSCHDENKEN

Für Peter Hauser hält die Minarettinitiative nicht, was sie verspricht. Sie behindert vielmehr die dringend nötige Integration. Entscheidend ist der Schutz der Religionsfreiheit.

VON NIKLAUS HARI,
LEITER KOMMUNIKATION EVP

Peter Hauser, Du lehnt die Minarettinitiative ab. Weshalb?

Wir dürfen nicht blauäugig oder naiv sein bezüglich dem antidemokratischen, antiwestlichen und anti-christlichen Potential des Islams. Aber wir können nicht bei der Religionsfreiheit und der Rechtsgleichheit die Muslime einfach ausklammern. Warum beispielsweise nicht auch die Buddhisten? Aus christlicher Sicht kann ich die Initiative nachvollziehen, aber aus staatspolitischer Sicht lehne ich sie ab. Die Rechtsgleichheit, die Religions- und Versammlungsfreiheit als die Säulen der freien Schweiz dürfen nicht angetastet werden.

Ich bin gegen Minarette, weil andere Fragen im Vordergrund stehen sollten. Die Initiative ist der falsche Weg für das berechtigte Anliegen echter Integration und das Achten unserer Rechtsordnung. Sie fördert Abgrenzung und Ablehnung und ist für den Integrationsprozess kontraproduktiv.

Du betonst, dass es letztlich um Menschen geht, die in der Schweiz leben und bei uns bleiben werden.

Die Angst vor Überfremdung und die Ausländerproblematik lassen die Initiative als taugliches Mittel erscheinen. Wegen der Initiative wird aber kein einziger Muslim die Schweiz verlassen noch ein Kulturverein oder eine Gebetsstätte geschlossen. Diese bereiten mir mehr Sorgen als sichtbare Türme. Alle Menschen, die in der Schweiz leben, haben die gleichen Rechte und Pflichten. Diese müssen eingefordert werden. Sie sollen sich an hiesige Begebenheiten anpassen, indem sie die Gesetze einhalten und eine Landessprache erlernen. Eine Ausgrenzung oder Diskriminierung verbietet die Bundesverfassung und der Leitsatz von Jesus Christus, an



Peter Hauser: die Religionsfreiheit darf nicht angetastet werden.

dem sich alle Christen messen müssen: «Alles nun, was ihr wollt, dass euch die Leute tun sollen, das tut ihnen auch!»

Schätzungen gehen davon aus, dass ca. 20% der Muslime beken-nend und 15% real praktizierend sind. Die grosse Mehrheit der Muslime möchte also einfach hier leben und arbeiten und ist an religiösen Fragen und Bauten höchstens sekundär interessiert. Lärm- und Drohgebärden sollten wir gelassen, aber bestimmt entgegnetreten.

Hauptziel ist für Dich die Verhinderung von Parallelgesellschaften.

Wenn wir Muslime ausgrenzen, droht der Rückzug auf eine kulturelle Insel, eine Rückbesinnung auf ihre Religiosität oder im schlimmsten Fall eine Radikalisierung. Bei praktizierenden Muslimen bergen Schulen, Tagesstrukturen und die in den Moscheen vermittelten Botschaften grössere Gefahren als das

Minarett. Bei Extremisten kenne ich kein Pardon: sie müssen ausgewiesen werden.

Dein Wohnort Wil war 2006 in den Schlagzeilen wegen eines Bauprojektes für eine Moschee mit Minarett.

Wobei dies mehr ein Versuchsb- ballon war, ein Baugesuch lag nie vor. Jetzt ist wieder ein Projekt aktuell. Nach der Abstimmung werden wir sehen, wie es aussehen wird. Schön wäre, wenn die Muslime freiwillig auf das Minarett verzichten würden, wie auch viele Kirchen auf einen Turm verzichten. Aber das ist frommes Wunschdenken.

Aus der Veranstaltungsreihe eines überparteilichen und interreligiösen Komitees entstand 2007 die Wiler Erklärung. Sie stärkt Verantwortungsträgern den Rücken, fordert lokale Integrationskommissionen, betont die Bedeutung persönlicher Begegnungen und anerkennt, dass Kenntnisse einer Landesspra-

che entscheidend sind. Sie erwartet zudem von jeder islamischen Gemeinschaft die Erarbeitung einer Grundsatzklärung, in der sie sich zum Rechtsstaat, der Bundesverfassung und damit zur Religionsfreiheit bekennt. Diese Erklärung müsste in Deutsch, Arabisch und der Hauptsprache der jeweiligen Gemeinschaft gut sichtbar im Eingangsbereich der Gebetsräume und Kulturzentren angebracht werden.

Während der nächsten zehn Jahre forderst Du einen Tatbeweis des Integrationswillens.

Beide Seiten müssen sich anstrengen, die Integration nach Kräften zu fördern und zu leben. Es muss geklärt werden, worauf verzichtet werden kann und worauf nicht, wenn es um Minarette, Friedhöfe, religiöse Anerkennung oder Schulen etc. geht. Dabei darf es keine Salamitaktik geben: Gerade bei der Minarettfrage ist es sehr verwirrend, wenn auf der einen Seite betont wird, ein Minarett sei nicht zwingend nötig und man dann auf der anderen Seite doch nicht darauf verzichten kann und will. Die Ablehnung des Terrorismus, die Achtung des Rechtsstaates und der gegenseitigen Religionsfreiheit im Sinn der UNO-Charta muss sicht- und hörbar sein. Zudem erwarte ich ein öffentliches Engagement der hiesigen Muslime bezüglich der Religionsfreiheit in ihren Heimatstaaten.

Nicht zuletzt könnte sich die Einschränkung von Minderheiten auch auf uns Christen auswirken.

Davon bin ich überzeugt. Einige Christen leben noch in einer Illusion. Aber wir leben in einem säkularen und keinem christlichen Staat. Ich will nicht den Ast ansägen, auf dem ich selber sitze.

Nein-Parole der EVP

Die Delegierten der EVP Schweiz haben am 20. Juni in Winterthur mit 92 zu 29 Stimmen die Nein-Parole zur Initiative beschlossen. Auf www.evppev.ch > Politik > Vorlagen & Parolen > Minarettinitiative ist ein umfassendes Webdossier aufgeschaltet.

Peter Hauser,

verheiratet mit Jeannette, fünf Kinder

Beruf: Pastor der FEG in Wil SG

Politik: Mitglied des Stadtparlamentes von Wil SG

Hobbys: Familienarbeit, Politik, Modelleisenbahn, Zeitung lesen



KEINE SUBVENTIONEN FÜR DIE FLIEGEREI

Ich bin Christ – Na und!?

Interessanterweise fühle ich mich zurzeit bemüssigt, mich nach innen und aussen zu erklären. «Ich bin Christ – Na und!?» möchte ich selbstbewusst gegenüber einer Öffentlichkeit deklarieren, welche bekennende Christen offenbar oft (und zunehmend?) als Bedrohung wahrnimmt. Gefördert wird dies einerseits von Freidenkern, welche sich über die breite Präsenz «religiöser Werbung» ärgern und die Religion am liebsten aus der Öffentlichkeit verbannen möchten. Andererseits durch eine «evangelikale Verschwörungstheorie», welche im Zeitungstitel gipfelte, «Freikirchen drängen an die Schulen». Ich habe mich entschieden, diese Angriffe als Kompliment für das gesellschaftliche Engagement bekennender Christen zu interpretieren.

«Ich bin auch Christ», muss ich aber in letzter Zeit auch gegen innen deklarieren. Denn weil ich ein Minarett-Verbot nicht für tauglich halte, um den wirklichen Problemen und der Ausbreitung des Islam wirksam zu begegnen, wird nicht nur mein Sachverstand, sondern auch meine Jesus-Nachfolge hinterfragt. Manche Glaubensgeschwister machen die Initiative regelrecht zu einem Glaubenstest. Sie wird so letztlich auch zu einem Reifetest für uns Christen, denn wenn über dieser Frage plötzlich der Bruder zum Feind wird, haben wir definitiv Christus missverstanden!

Auch innerhalb der EVP wird die Initiative kontrovers beurteilt und Spannungen sind vorprogrammiert. Ich bin gespannt zu sehen, wie wir den Reifetest bestehen werden.

Dr. med. Wilf Gasser,
EVP-Grossrat im Kanton Bern

Die Kerosinsteuer soll neu nicht mehr dem Strassenbau, sondern der Luftfahrt zufließen. Doch damit verbunden ist eine versteckte Subventionierung des Flugverkehrs.

RUEDI AESCHBACHER,
NATIONALRAT

Im internationalen Flugverkehr dürfen die Treibstoffe auch in Zukunft nicht besteuert werden. Auf Inlandflügen wird jedoch bereits heute eine Kerosinsteuer erhoben, die in die Bundeskasse fliesst und teilweise dem Sonderkässeli «Spezialfinanzierung Strassenverkehr» gutgeschrieben wird. Diese 44 Millionen Franken sollen künftig der neuen «Spezialfinanzierung Luftverkehr» zukommen und für Umwelt- und Sicherheitsmassnahmen in der Luftfahrt verwendet werden. Diesem Grundsatz «Steuern der Autofahrer für die Strasse, Steuern der Fliegerei für den Flugverkehr» könnte auch ich zustimmen.

Doch mit den Details beginnen die Probleme: der Nationalrat setzte nämlich durch, dass der Bund nicht

alle Aufwendungen, die er für den Flugverkehr hat, aus diesem Kässeli bezahlen darf. Dafür bleibt in der Spezialfinanzierung Luftverkehr mehr Geld übrig, das die Swiss und andere Fluggesellschaften, aber auch die Flughafenbetreiber beispielsweise für die Gepäckkontrolle auf den Flughäfen oder auch für die Überwachung ihrer Flugzeuge, wenn sie am Boden stehen, verwenden können. Aufgaben also, die bislang zu Recht von den Fluggesellschaften zu bezahlen waren.

Statt einer verursachergerechten Verwendung der Kerosinsteuern resultiert unter dem Strich eine zusätzliche Subventionierung der Luftfahrt auf Kosten der Steuerzahler von rund 20 Millionen Franken pro Jahr. Diese Förderung des Flugverkehrs widerspricht allen Bemühungen zum Klima- und zum Lärmschutz. Zweitens darf die Bahn – namentlich auf Strecken bis

500 Kilometer – gegenüber den günstigen Flügen nicht noch weiter ins Hintertreffen gelangen. Die Delegiertenversammlung der EVP hat folgerichtig am 22. August in Genf mit 50 zu 13 Stimmen die Nein-Parole zu dieser Subventionierung der Fliegerei beschlossen.



Nationalrat Ruedi Aeschbacher (EVP, ZH) überzeugte die Delegierten im Rotkreuzmuseum in Genf.

BETTAGSKONFERENZ

«NEUTRAL SEIN»

Die 5. Bettagskonferenz der EVP Schweiz vom 19. September in Aarau hat sich im Spannungsfeld zwischen Nichteinmischung, Anpassertum und Parteinahme bewegt.

(nh). Am 19. September hat die 5. Bettagskonferenz der EVP Schweiz unter dem Titel «Neutral sein» stattgefunden. Im Aarauer Grossratsgebäude referierten Pfarrer Urs Schmid, der Publizist Henryk M. Broder, die Richterinnen Elisabeth Bauhofer, Neutralitätsforscher Jon M. Ebersole und EVP-Nationalrat Walter Donzé zum Spannungsfeld zwischen Nichteinmischung, Anpassertum und Parteinahme. Henryk M. Broder behauptete,

Toleranz sei auf lange Sicht selbstmörderisch. Eine Gesellschaft müsse der Toleranz Grenzen setzen, dort nämlich, wo Intoleranz die Freiheit gefährde. Pfarrer Urs Schmid rief zu einer positiven Einstellung gegenüber der heute möglichen weltanschaulichen Neutralität auf. Um unabhängig urteilen zu können, müsse ein Richter oder eine Richterin sich seiner Schwächen, Kränkungen und Erfahrungen bewusst sein, urteilte Elisabeth Bauhofer. Jon M. Ebersole

erinnerte daran, dass die Schweizer Neutralität kein Selbstzweck sein dürfe, sondern den Ärmsten dieser Welt dienen müsse; eine Position, die Walter Donzé in seinem Schlussvotum unterstrich.

vgl. www.evpev.ch > News > Berichte von Veranstaltungen



Henryk M. Broder

PRO UND KONTRA ZUR INITIATIVE

Zeichen für eine friedlichere Welt oder Gefährdung der Armee? EVP-Präsident Heiner Studer bejaht die Initiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten», EVP-Nationalrat Walter Donzé ist dagegen.



HEINER STUDER,
PRÄSIDENT DER EVP SCHWEIZ

Der Schutz des Lebens hat oberste Priorität und steht vor wirtschaftlichen Interessen. Da gehört für mich ein Waffenexportstopp dazu, für den ich mich seit über vierzig Jahren einsetze. Deshalb stimme ich der Initiative zu. Unsere Landesverteidigung wird dadurch nicht gefährdet.

Am 29. November geht es nicht um die Armee, sondern um die Frage: Darf ein kleines Land wie die Schweiz, das nur eine Verteidigungsarmee führt, Kriegsmaterial exportieren? Vor allem auch in Länder, in denen es Spannungen gibt oder in denen Menschenrechte verletzt werden? Da sage ich nein. Das darf nicht unser Auftrag sein. Von einem neutralen Land wie der Schweiz, das bewusst nicht Nato-Mitglied ist, erwarte ich eine restriktivere Handhabung der Waffenexporte. Seit der äusserst knappen Ablehnung der damaligen Volksinitiative im Jahre 1972 wurde immer wieder eine restriktive Ausfuhrpraxis versprochen. Und was ist das Resultat?

Zugegeben: Unsere Waffenausfuhrgesetze gehören zu den strengsten weltweit. Waffenexporte dürften kein Völkerrecht verletzen, es dürfte nicht in Länder geliefert werden, wo Menschenrechte verletzt werden,

unsere Aussenpolitik darf nicht berührt werden und so weiter. Doch in den letzten Jahren wurde z.B. nach Pakistan und Saudi-Arabien exportiert, was zeigt, dass die Gesetzesbestimmungen leider sehr dehnbar sind. Wir müssen die Bestimmungen deshalb verschärfen: die Schweiz soll Kriegsmaterial nur noch mit stabilen westlichen Demokratien handeln dürfen. Und es muss garantiert sein, dass die Waffenexporte nicht an Drittländer weiter geliefert werden. Das Beispiel der Pilatus-Flugzeuge, die von den Empfängerländern immer wieder vertragswidrig eingesetzt werden, zeigt: Verlässlich ist ein Staat eben nur, wenn er stabil und seriös ist.

Die schweizerische Rüstungsindustrie ist längst globalisiert und zum grossen Teil in ausländischer Hand. Zweitens sind die Waffenexporte auch volkswirtschaftlich nahezu bedeutungslos, wie selbst der Bundesrat bestätigt. Die Waffenexporte sind für weniger als 0.1 Prozent der Wertschöpfung in unserem Land verantwortlich. Sicher wären kurzfristig Arbeitsplätze gefährdet. Doch der Bund würde die Umstellung auf zivile Güter während zehn Jahren unterstützen. Ich darf nicht die Frage der Arbeitsplätze höher gewichten als die Möglichkeit, dass in Darfur Flüchtlingsfamilien mit Schweizer Waffen getötet werden.



WALTER DONZÉ,
NATIONALRAT

Das «Kleingedruckte» der Initiative geht viel zu weit. Waffen werden nicht nur hergestellt, um Menschen zu töten. Sondern auch um Sicherheit zu schaffen. Wir sollen Friedensstifter sein. Aber wir haben auch eine Verantwortung für den Schutz und die Sicherheit unserer Bevölkerung.

Die Initiative kommt aus der «Küche» der notorischen Armegegner. Sie haben nicht die Bergpredigt vor Augen, sondern die gezielte Schwächung der Armee mit allen Mitteln. So verbietet die Initiative gar die Ausfuhr von Schutzaurüstung, Werkzeugmaschinen oder Nachsichtgeräten. Mit verheerenden Folgen für die heimische Industrie und dem Verlust von entsprechendem Know-how.

Schützenpanzer für Pakistan dienen dem Schutz der Ordnungskräfte vor Terroristen und damit der Sicherheit der Bevölkerung. Wir haben keine Kampfpanzer geliefert! Pilatus verkauft Trainingsflugzeuge. Wenn diese zu Bombenträgern umgerüstet werden, ist das eine verbrecherische Verletzung des Vertrags.

Es ist ein Irrglaube zu meinen, unser Verzicht auf die Ausfuhr von Wehrtechnik würde der Kriegsver-

hinderung dienen. Die Schweiz exportiert bloss ein halbes bis 0.7% der globalen Rüstungsexporte. Wir haben in den letzten Jahren das Waffenausfuhrgesetz mehrmals verschärft und üben eine strenge Aufsicht aus: jedes Ausfuhrgesetz wird individuell, länder- und material-spezifisch geprüft. Und dank dem Embargogesetz können wir einschreiten, wenn Kriegsmaterial in falsche Hände geraten könnte.

Der inländische Markt ist viel zu klein für unsere Rüstungsindustrie. Ein Handelsverbot mit dem Ausland bedeutet die Vernichtung dieser Unternehmen und des vorhandenen Know-how. Gefährdet sind mindestens 10 000 Vollzeitstellen. Zwar soll der Staat diese Beschäftigten während zehn Jahren unterstützen. Doch für die Firmen gibt es keine Garantie. Und wer soll das bezahlen? Die Umstellung auf zivile Produkte ist illusorisch.

Die innere und äussere Sicherheit dienen der Stabilität, dem Frieden und dem Wohlstand unseres Landes. Soll unsere Armee auch in Zukunft glaubwürdig sein, müssen Grundfähigkeiten erhalten bleiben. Genau diese gingen aber mit der Initiative verloren. Sie würgt unsere Rüstungsindustrie ab.



Jüngste Landrätin

Im Kanton Basel-Landschaft rückt Sara Fritz für Thomi Jourdan in den Landrat nach und wird mit 24 Jahren und 5 Monaten die jüngste EVP-Frau in einem Kantonsparlament aller Zeiten. Lilian Studer, zugleich ihre Vorgängerin im Präsidium der *jev, war 3 Monate älter, als sie Aargauer Grossrätin wurde. Den Allzeitrekord hält aber nach wie vor EVP-Präsident Heiner Studer: er war bei Amtsantritt sechs Monate jünger als die Co-Präsidentin der *jev. vgl. www.sarafritz.ch

FAMILIEN ENDLICH STEUERLICH ENTLASTET

In der Herbstsession werden endlich steuerliche Entlastungen für Familien beschlossen. Leider gibt es einen Rückschlag beim Alkoholverbot am Fernsehen.

(nh). Endlich werden **Familien mit Kindern steuerlich** entlastet, wenn auch in relativ bescheidenem Umfang. Vom Steuerbetrag können die Familien bei der direkten Bundessteuer 250 Franken abziehen, profitieren von einem günstigeren Tarif und können Fremdbetreuungskosten bis 10'000 Franken vom Einkommen abziehen. EVP-Nationalrat Walter Donzé (BE) legt sich für die Vorlage ins Zeug.

Vergeblich kämpft die EVP gegen die **Aufhebung des Werbeverbots von Bier und Wein** an Radio und TV. Nach drei Anläufen in beiden Räten schliesst sich die Einigungskonferenz dem Nationalrat an und

kippt das Verbot, damit die Schweiz beim EU-Filmförderungsabkommen MEDIA mitmachen kann. Vergeblich versucht Nationalrat Ruedi Aeschbacher (EVP, ZH) seine Ratskollegen zur Ablehnung dieses Antrags zu bewegen.

In einer unheiligen Allianz von SVP, SP und Grünen lehnt das Parlament die Beteiligung der Schweiz an der **Operation «Atalanta»** ab und überlässt damit den Schutz der Handelsschiffe vor Piratenüberfällen am Horn von Afrika vornehm der EU; welche eine entsprechende Militäroperation auf die Beine gestellt hat. Die EVP will nicht Trittbrettfahrerin sein und die Anderen

diese Arbeit machen lassen, ohne dass sich die Schweiz beteiligt.

Die EVP-Nationalräte unterstützen bei der **Weiterentwicklung der Abkommen von Schengen/Dublin** ein zentrales Waffenregister. Ruedi Aeschbacher ist ob der neu zugelassenen **Regulierung der Kormoranbestände** selbst in Vogelschutzgebieten sehr bekümmert: einmal mehr obsiegt kurzfristige Interessen über den Naturschutz.

Bundesratswahl

Bundesratswahl am 16. September: Die EVP unterstützt Urs Swaller. Doch das Rennen macht Didier Burkhalter: dank Stimmen von SP und Grünen, die im Hinblick auf die Gesamterneuerungswahlen 2011 den Neuenburger dem ihnen politisch näher stehenden Swaller vorgezogen haben. Dennoch gratuliert die EVP dem frischgewählten Burkhalter umgehend.

VORSTOESSE

Lohnschere grundsätzlich angehen

Nationalrat Ruedi Aeschbacher (EVP, ZH) will vom Bundesrat wissen, wie er das Problem der immer grösser werdenden Lohnschere grundsätzlich anzugehen gedenke. Seine zaghaften Versuche, die Bezüge zu beschränken, seien zu wenig griffig und im Aktienrecht am falschen Ort. Aeschbacher will die Problematik umfassender «im Arbeitsrecht, im allgemeinen Teil des OR oder gar mit einer Bestimmung in der Verfassung» angehen.

Restriktive Kriegsmaterialausfuhr

Nationalrat Walter Donzé (EVP BE) will den Bundesrat zur restriktiven Anwendung des Kriegsmaterialgesetzes bewegen. Die Schweiz dürfe nur stabile Demokratien beliefern. Mit dieser Motion erfüllt Donzé einen Auftrag der Delegiertenversammlung der EVP Schweiz, die Ende August in Genf Stimmfreigabe zur Kriegsmaterialinitiative beschlossen hat.

Asylgesuche auf Botschaften verhindert?

Weiter will Donzé vom Bundesrat wissen, ob Asylgesuche auf Schweizer Botschaften gezielt und widerrechtlich verhindert werden. Ihm liegen Informationen vor, wonach die Botschaft in Khartoum in schriftlicher Absprache mit dem Bundesamt für Migration (BFM) Botschaftsbe-fragungen zu vermeiden sucht.

Kostenwahrheit in der Verwaltung?

Schliesslich fragt Donzé den Bundesrat, weshalb die Verwaltung dem Tabakpräventionsfonds Kosten auferlegt, nicht aber dem Sota-Fonds, wenn doch die Verwaltungseinheiten ihre Leistungen kostendeckend in Rechnung stellen sollten.

WAHLHERBST IM AARGAU

EXEKUTIVEN BESTÄTIGT, NEU IN KOMMISSIONEN

Im Aargauer Wahlherbst macht die EVP an vielen Orten Boden gut. Schmerzhaft sind die Abwahlen in Oftringen.

(nh). EVP-Präsident Heiner Studer bleibt Vizeammann von **Wettingen**. Neu in der Schulpflege ist Helen Suter-Schmid. Im Einwohnerrat behält die EVP 3 Sitze.

Markus Kappeler wird als Gemeindeammann von **Uerkheim** bestätigt. Neu auch Vizeammann sind die Gemeinderäte Bruno Ellenberger in **Gontenschwil** und Bernhard Wernli in **Rothrist**, wo zudem Rafael Reinert-Bleikert neu in die Finanz- und Eva Stalder-Leutwyler in die Steuerkommission (bisher) gewählt werden. Neu in der Schulpflege ist Philipp Steffen-Ettel.

Als Gemeinderäte werden bestätigt: Heidi Berner-Fankhauser in **Lenzburg**, Esther Gebhard-Schöni in **Möriken-Wildegg** und Ruedi Möschi in **Dürrenäsch**, wo zudem Christopher von Schoultz neu in der Finanzkommission ist. Ebenfalls als Gemeinderätin bestätigt wird Edith Wittich in **Kölliken** wie auch Heidi Franz in der Steuerkommission. Neu sind Mirjam Bossard in der Finanzkommission und Andreas Fischer in der Schulpflege.

Schmerzhaft ist die Rückstufung von Martin Bhend vom Gemeinde-

ammann zum Gemeinderat und die Abwahl von seinem Bruder Paul als Schulpflegepräsident in **Oftringen**. Bruno Liechti verbleibt in der Finanz-, Thomas Zimmerli in der Geschäftsprüfungskommission.

In **Zofingen** hält die EVP 3 Mandate im Einwohnerrat (neu für Urs Plüss Barbara Bättig-Kipfer). Anita Bolliger bleibt in der Schulpflege.

In die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission werden gewählt: neu in **Möhligen** Andrea Schmid sowie Hanspeter Neuenschwander (bisher) in **Aarburg**. Neu in der Finanzkommission ist Christian Buser in **Mellingen**. In **Auenstein** gewinnt die EVP in der Finanz- und der Steuerkommission je ein zweites Mandat (mit Esther Graber nebst Markus Capraro, bisher; bzw. mit Martin Meyer nebst Thomas Bucheli, bisher). In Schafisheim sind neu Rosita Zumsteg in der Steuerkommission und ebenfalls neu Thomas Leisinger in der Schulpflege.

In die Schulpflege werden gewählt: Esther Stauffer in **Fislisbach**, Doris Erhardt-Scherer in **Brugg** (beide bisher), Monika Merlini-Füglister in **Obersiggenthal** (neu).

UND IN BERN

WAHLSIEG IN THUNSTETTEN

(nh). Die EVP ist Wahlsiegerin in **Thunstetten-Bützberg**. Auf Anhieb holt sie mit Christine Grogg einen Sitz in der Exekutive. Trotz Verkleinerung verteidigt die EVP auch den Sitz in der Schulkommission: gewählt ist Ruth Rentsch-Lenz. Jetzt will man die Gründung einer Ortspartei an die Hand nehmen.

In **Lyss** reicht es der EVP-Gemeinderätin Karin Segessenmann-Hegnauer nach der Verkleinerung von sieben auf fünf Sitze leider nicht mehr in die Exekutive. Im Parlament stellt die EVP mit Christine Schnegg, Karin Segessenmann, Philippe Schenkel und Markus Minder neu vier Mandate (bisher 5).

In **Nidau** werden Peter Lehmann und Philippe Messerli wiederum ins Stadtparlament gewählt, während der anvisierte Kommissionssitz in **Herzogenbuchsee** verpasst wird.

In **Oberdiessbach** wird Walter Feuz als Gemeinderat bestätigt. Auch die zwei Sitze in der Schulkommission können mit Ueli Nydegger und Kathrin Wüthrich (beide neu) gehalten werden, während Werner Dummermuth und Hans-Martin Wüthrich als Mitglieder der Baukommission, bzw. der Kommission für Tiefbau und Betriebe bestätigt werden.

TERMINE

- 21. November 2009 EVP Schweiz, Riehen: Delegiertenversammlung
- 21. November 2009 EVP Schweiz, Riehen: Zentralvorstand
- 29. November 2009 Volksabstimmung
- 5. Dezember 2009 EVP Schweiz, Bern: Tag der offenen Tür im neuen Generalsekretariat, «EVP Christmas Gospel Night» mit dem Gospelchor Shelomith
- 23. Februar 2010 EVP Schweiz, Olten: Kantonalparteienkonferenz
- 7. März 2010 Volksabstimmung

IMPRESSUM

akzente: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP) 16. Jahrgang, Nummer 4, November 2009
Erscheint vierteljährlich und wird allen Mitgliedern der EVP zugestellt. Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.- / Jahr.

Herausgeber:
EVP Schweiz, Postfach 294, 3000 Bern 7, Tel. 031 351 71 71, Fax 031 351 71 02, info@evppev.ch, www.evppev.ch. Redaktion: Niklaus Hari, Adressen und Aboverwaltung: Werner Rieder.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:
Ruedi Aeschbacher, Joel Blunier, Walter Donzé, Wilf Gasser, Niklaus Hari, Peter Hauser, Adrian Lörtscher, Heiner Studer.

Druck und Vertrieb:
Jordi AG, Belp, www.jordibelp.ch

Copyright:
Wiedergabe mit Genehmigung der EVP gestattet.

A.Z.B.
3000 Bern 7

Adressberichtigung melden

Adrian Lortscher



DAS NEUE SEKRETARIAT: MITTENDRIN

(nh). Mittendrin in der Berner Altstadt befindet sich das neue Generalsekretariat der EVP Schweiz an der Nägeligasse 9 in Bern. An dieser Adresse ist in Bürogemeinschaft mit der Bundespartei auch die EVP Kanton Bern angesiedelt. Unser Bild zeigt von links nach rechts Jürg Zartmann und Gallus Tannheimer, die beide für die EVP Kanton Bern arbeiten (die beiden anderen Berner Angestellten Ruedi Löffel und Lukas Zimmermann fehlten am Fo-

totermin). Im nächsten Fenster sind *jevp-Generalsekretär Reto Stalder und unsere gute Büroseele Werner Rieder zu sehen, bevor sich die Praktikantin Damaris Mettler sowie Generalsekretär Joel Blunier anschliessen. Aus dem vierten Fenster lehnen sich schliesslich Silvia Hyka, die als Coordinatrice romande normalerweise von Lausanne aus arbeitet und Niklaus Hari, Leiter Kommunikation. Das Display mit dem Sujet «mittendrin» vor dem middle-

ren Fenster musste als visuelle Notlösung erhalten, weil sich das Fenster hinter dem Maschinentisch nur noch einen Spalt breit öffnen liess, macht sich nun aber ganz gut auf dem Bild. Mittendrin politisiert schliesslich auch die EVP, die sich in Abkehr von extremen Forderungen und das traditionelle Links-Rechts-Schema nach Möglichkeit überwindend für christliche Werte und eine menschliche Politik einsetzt. Danke für Ihre Unterstützung!

EINLADUNG ZUR DELEGIERTENVERSAMMLUNG

Einladung zur 2. ausserordentlichen Delegiertenversammlung (DV) der EVP Schweiz, Samstag, 21. November, 10.00 bis 12.30 Uhr in Riehen

- TOP 1 Eröffnung der Tagung durch den Zentralpräsidenten
- TOP 2 Besinnliche Einleitung
- TOP 3 Grussworte
- TOP 4 Wahl der StimmezählerInnen (Protokollprüfer)
- TOP 5 Abstimmungsvorlagen
- TOP 6 Schlusswort des Zentralpräsidenten

Anschliessend besteht für Angemeldete die Möglichkeit eines gemeinsamen Mittagessens. Die Tagungsunterlagen werden nach der Anmeldung versandt.

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)

Der Zentralpräsident
Heiner Studer

Der Generalsekretär
Joel Blunier

Ich melde mich für die DV vom 21. November 2009 an.
Mittagessen: mit ohne vergünstigt (für *jevp-Mitglieder)

Name, Vorname: _____

Strasse, Nummer: _____

PLZ und Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Senden bis am 16. November an: EVP Schweiz, Postfach, 3000 Bern 7.

EINLADUNG

Tag der offenen Tür

(jb). Am Samstag, den 5. Dezember veranstaltet die EVP im neuen Generalsekretariat in Bern einen «Nachmittag des offenen Parteisekretariates», zu dem Sie herzlich eingeladen sind. Informieren Sie sich über die Aufgaben und Arbeiten in einem Parteisekretariat und lernen Sie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der EVP Schweiz und der EVP Kanton Bern persönlich kennen. Anschliessend findet in der Kapelle des EGW Bern-Zentrum an der Nägeligasse 9/11 die «EVP Christmas Gospel Night» mit dem Gospelchor Shelomit statt (Eintritt CHF 20 / für EVP-Mitglieder CHF 10).